

der Vorbereitung und Durchführung der wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und kommunalpolitischen Aufgaben.

Die Rechenschaftslegungen und Beschlußfassungen haben weiterhin zum Inhalt, das enge Zusammenwirken von Betrieben, Einrichtungen und staatlichen Organen im Territorium und die gemeinsamen Anstrengungen zur territorialen Rationalisierung, dem effektiven Einsatz des gesellschaftlichen Arbeitsvermögens noch ergebnisreicher zu gestalten.

Es gilt, die ganze Kraft der örtlichen Volksvertretungen auf die tägliche Erfüllung des Volkswirtschaftsplanes und die Aus Schöpfung aller territorialen Reserven für den volkswirtschaftlichen Leistungsanstieg sowie die weitere Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen zu konzentrieren. Das schließt die breite Entwicklung und Förderung der Bürgerinitiative im Wettbewerb „Schöner unsere Städte und Gemeinden - Mach mit!“ ein.

Damit erhöht sich zugleich die Verantwortung der Genossen in den örtlichen Volksvertretungen und ihren Organen für eine eng mit dem Leben, mit den Bürgern verbundene Tätigkeit der Abgeordneten in ihren Arbeitskollektiven, Wohngebieten und Wirkungsbereichen.

Alle Parteiorganisationen tragen dafür Sorge, daß die Bürger stets aktivierend über gesamtgesellschaftliche und kommunalpolitische Zusammenhänge informiert werden, daß auf ihre Anliegen schnell reagiert wird, ihre Vorschläge und Hinweise sachlich geprüft und entsprechend den gegebenen Möglichkeiten ohne Zeitverzug verwirklicht werden.

Eine solche aufgeschlossene und konstruktive Atmosphäre, die alle schöpferischen Initiativen zum Wohle des Volkes gedeihen läßt, ist im Hinblick auf die nächsten Kommunalwahlen, ihre gute politische, organisatorische und kadermäßige Vorbereitung, besonders bedeutsam.

Die Parteiorganisationen sollten Maßnahmen festlegen, wie die Genossen in den örtlichen Volksvertretungen und ihren Organen das politische Gespräch mit den Bürgern bis in jedes Haus und jede Familie organisieren.

In den Berichtswahlversammlungen und Delegiertenkonferenzen legen die Genossen Abgeordneten und Mitarbeiter der staatlichen Organe Rechenschaft über die Verwirklichung der Schlußfolgerungen aus der Analyse der vergangenen Volks wählen sowie über ihre politische Arbeit mit der Bevölkerung, die Bearbeitung ihrer Eingaben, Vorschläge und Hinweise.

Die Organisation des vertrauensvollen persönlichen Gesprächs mit den Bürgern verlangt das koordinierte Zusammenwirken aller gesellschaftlichen Kräfte in den Wohngebieten, die weitere Erhöhung der Ausstrahlungskraft der Wohnparteiorganisationen, die Aktionsfähigkeit der Wohnparteiaktivs und die weitere Stärkung der Ausschüsse der Nationalen Front der DDR. Die Parteiorganisationen sollten in ihren Berichtswahlversammlungen hierzu konkrete Festlegungen treffen.